

# **Empfehlung zu den Prioritäten der beruflichen Bildung bezogen auf den ZUKUNFTSVERTRAG RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026**

## **Einleitung**

Vor dem Hintergrund der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag „ZUKUNFTSVERTRAG RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026“ und des laufenden Verfahrens zur Aufstellung des Entwurfes des Landeshaushalts 2025-2026 durch die Landesregierung empfiehlt der Landesausschuss für Berufsbildung Rheinland-Pfalz der Landesregierung, in der verbleibenden Zeit der laufenden Legislaturperiode zur Stärkung der Berufsbildung die nachfolgenden Themenfelder im besonderen Maße zu berücksichtigen.

## **Grundsätzliches**

Der Landesausschuss spricht sich dafür aus, erfolgreiche Programme, die in Teilregionen des Landes umgesetzt wurden, auf ganz Rheinland-Pfalz auszuweiten. Dafür sollten im Haushalt ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Besonders hervorzuheben sind hier das Projekt Ausbildungsversprechen und die Koordinierung der rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit verknüpft mit aufsuchender Arbeit im Rahmen des ESF+-Förderansatzes der Jugendberufsagenturen Plus, durch den junge Menschen beim Übergang in eine Ausbildung passgenaue Orientierung und Unterstützung erhalten.

## **Schulsozialarbeit**

Der Landesausschuss begrüßt den Ausbau der Schulsozialarbeit im Land. Besonders an Berufsbildenden Schulen, und dabei nicht nur im Berufsvorbereitungsjahr, sieht der Landesausschuss weiteren Bedarf und begrüßt vor allem die Unterstützung finanzschwacher Kommunen bei der Finanzierung der Schulsozialarbeit.



## **Sprachförderung während der Schulzeit und Ausbildung**

Damit junge Menschen mit Sprachdefiziten erfolgreich ihre Ausbildung abschließen können, ist die Sprachförderung besonders wichtig. Begleitende Sprachkurse während der Schulzeit, vor Ausbildungsbeginn und während der Ausbildung sind ein wesentlicher Baustein für den erfolgreichen Ausbildungsabschluss. Der Landeshaushalt sollte daher die Finanzierung von ausreichenden Kapazitäten für Sprachkurse, auch mit berufsbezogener Sprache sicherstellen.

## **Sicherung der Ausbildung in der Fläche und des Ausbildungserfolgs**

Um die duale Ausbildung weiter zu stärken ist es notwendig, dass duale Ausbildung hier insbesondere die Berufsbildenden Schulen als zweiter Lernort in der Fläche erhalten bleiben. Der Landesausschuss spricht sich für den Erhalt aller Berufsschulstandorte aus und bittet, hierzu die finanziellen Mittel bereit zu stellen. Gerne steht der Landesausschuss bereit, bei der Entwicklung von Maßnahmen mitzuwirken, um angesichts sinkender Schülerzahlen dieses Ziel zu erreichen.

Des Weiteren hält es der Landesausschuss für unabdingbar, dass die Sicherung des Ausbildungserfolgs auch an Berufsbildenden Schulen hohe Priorität erhält. Die Bedeutung der Lernortkooperation wächst in Anbetracht der sich transformierenden Wirtschaft zunehmend. Um diese für eine zukunftsfeste Ausbildung gut aufzustellen, werden mehr Ressourcen benötigt. Deshalb sollten erfolgreiche Konzepte für Lernortkooperationen ausgeweitet und finanziell unterstützt werden.

Um hervorragend qualifizierte Fachkräfte auszubilden, müssen mit moderner Technik ausgestattete Berufsschulen auch weiterhin im Haushaltsplan Berücksichtigung finden. Dabei erfordern sowohl die Hardware als auch die Software vor allem aber der technische Support finanzielle Mittel, die nicht in jeder Kommune in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Eine Fortführung des Digitalpaktes scheint dringend geboten, ebenso wie die Unterstützung finanzschwacher Kommunen durch Landesmittel und Förderprogramme.



## **Sicherstellen einer auskömmlichen Finanzierung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten**

Um die Qualität der dualen Ausbildung weiterhin hochzuhalten, ist es dringend geboten, auch die überbetrieblichen Berufsbildungsstätten weiterhin auskömmlich zu fördern. Hier sind sowohl Fördergelder für bauliche, technische und auch digitale Maßnahmen in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen.

## **Fachkräftemangel im Bildungsbereich – insbesondere im Lehramt für Berufsbildende Schulen angehen**

Der Landesausschuss sieht mit Besorgnis auf den Fachkräftebedarf im Lehramt für Berufsbildende Schulen. Er hält es für geboten, dieses Lehramt verstärkt zu bewerben und attraktiv zu gestalten. Hierfür sollten ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

## **Mobilität**

Ein ermäßigtes Deutschlandticket für Auszubildende, wie es die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg Auszubildenden anbieten, sollte auch für Rheinland-Pfalz geprüft werden. Gerade in Anbetracht des Ziels der Landesregierung, die Gleichwertigkeit von Studium und dualer Ausbildung voranzubringen, ist ein ermäßigtes

Ticket für Auszubildende dringend notwendig, um die Attraktivität der dualen Ausbildung weiter zu stärken.

Der Landesausschuss für Berufsbildung teilt die im Koalitionsvertrag „ZUKUNFTSVERTRAG RHEINLAND-PFALZ – 2021 bis 2026“ vertretene Auffassung, dass sich das Land „in einem Veränderungsjahrzehnt“ befinde. Diese Veränderungen werden nur mit den Fachkräften von heute und morgen möglich sein. Viele dieser Fachkräfte werden im System der nicht-akademischen Berufsbildung aus-, fort- und weitergebildet. Daher sind aus Sicht des Landesausschusses für Berufsbildung erhebliche Finanzmittel für und Investitionen in diesen Bildungsbereich notwendig. Hierfür bietet der kommende Landeshaushalt eine wichtige Gelegenheit.